

Anträge der FWE zum Haushaltsplan 2011

Zum Haushaltsentwurf 2011 stellen die FWE folgende Anträge:

1. Antrag zu Seite 1 – Haushaltssatzung

Steuererhöhung unterlassen

Die Erhöhung der Grundsteuer B von 310 auf 350 Prozentpunkte unterbleibt.
Der Haushaltsausgleich kann durch die mögliche Absenkung zahlreicher Planansätze gemäß Antrag 2 erreicht werden.

Begründung:

Nach Seite 13 des Haushaltsvorberichts kann im Jahre 2012 mit einer wiederum verbesserten Haushaltslage und bereits 2012 wieder mit einer Investitionsrate von 1.509.574 € und auch 2013 mit einer Investitionsrate von 229.401 € gerechnet werden.

2. Antrag – Abänderung von Planansätzen

In den in Anlage1 (Seite 7-9) dargestellten Einzelfällen werden die Planansätze 2011 entsprechend den dortigen Vorgaben abgeändert.

Begründung:

Wegen der Details der möglichen Absenkungen wird auf die eingereichten Anfragen vom 07.01./ 11.01.2011 zum Haushaltsentwurf 2011 und auch auf die von der Verwaltung eingeräumten Kürzungsmöglichkeiten verwiesen. Sofern seitens der Verwaltung eine Ansatzreduzierung nicht möglich erschien, bspw. beim Bürobedarf, erscheint die volle Ausschöpfung weiterer Einsparungsmöglichkeiten vor der Umsetzung von Steuererhöhungen für angemessen und geboten.

Einsparungen: ca. 66.000,00 €

3. Antrag zu Seite 54 - Öffentlichkeitsarbeit

EP 0, UA 200, 5880

Der vorgesehene Planansatz von 25.000 € wird unter den nachstehenden Vorgaben bestätigt.

Die Beratungsunterlagen sind bereits in elektronischer Form auf der Gemeindehomepage auf Dauer einsehbar. Zukünftig könnte, wie von zahlreichen Gemeinden und Städten bereits praktiziert, in Gemeinderatsprotokollen auf die Beratungsunterlagen verwiesen und dadurch die Protokollierung verkürzt werden. Die damit erreichbare Einsparung können ggf. anfallende Mehrkosten für die Auslegung von mehr Sitzungsunterlagen bei öffentlichen Tagesordnungspunkten kompensieren.

Abweichend zur Praxis anderer Gemeinden ist das auf der Homepage der Gemeinde bisher eingestellte Ortsrecht nicht vollständig; bspw. fehlt dort bisher die Wasserversorgungssatzung und auch die Geschäftsordnung des Gemeinderats.

Kostenneutral

Anträge der FWE zum Haushaltsplan 2011

4. Antrag zu Seite 55 bzw. zum Stellenplan (S. 233-235)

Die im Stellenplan auf Seite 235 vorgesehene weitere Stelle für die Kämmerei (Inspektor z.A. nach Besoldungsgruppe A 9 - Beschäftigte in der Probezeit) wird nicht eingerichtet. Der Haushaltsansatz EP 0, UA 0300, 4100/4140 wird entsprechend reduziert.

Begründung:

Nach S. 234 (Stellenplan) hat sich durch die Stellenbewertung ergeben, dass insgesamt 5 der 74,45 Stellen mit „ku“ = künftig umgewandelt zu versehen sind, was bedeutet, dass bei einem Mitarbeiterwechsel nur die Bezahlung zu erfolgen hat, die die Stellenbewertung erbracht hat. Die entsprechend überbezahlten MitarbeiterInnen sind nahezu ausschließlich in der Finanzverwaltung beschäftigt (UA 03 – Finanzverwaltung). Die Ergebnisse und Optimierungspotentiale des Mitte 2011 erwarteten Organisationsgutachtens sind umzusetzen.

Der Gemeinderat hat zwar am 03.12.2009 die Umstellung des Gemeindehaushaltsrechts auf die Doppik zum 01.01.1913 beschlossen. Andererseits sind die neuen Vorschriften nach § 64 GemHVO spätestens für die Haushaltswirtschaft ab dem Haushaltsjahr 2016 anzuwenden. Sofern deshalb die Umstellung zum 01.01.1913 mit dem vorhandenen Personal nicht möglich sein sollte, sollte aus Kostengründen eher über einen Umstellungsaufschub statt an eine Personaleinstellung gedacht werden. Im Übrigen kann vor Vorlage der ausstehenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung die Notwendigkeit einer weiteren Stelle nicht beurteilt werden. Auch sollte vor einer befriedigenden Lösung der im Stellenplan vorgegebenen Umwandlung keine erneute Personaleinstellung erfolgen.

Einsparung für 2011 im Antrag 2 enthalten.

5. Antrag zu Seite 116 - Städteplanung

EP 6, UA 6100, 6070

Der vorgesehene Planansatz von 40.000 € für die Planbearbeitung (Vorjahr 25.000 €, Rechnungsergebnis 2009 13.102,27 €) wird gebilligt. Die entsprechenden Planvorentwürfe, insbesondere für die nach dem aktuellsten Flächennutzungsplanentwurf vorgesehenen neuen Baugebiete, sind dem Gemeinderat bis zum 31.08.2011 vorzulegen. Die vor mehr als 10 Jahren eingeleitete Baulandumlegung im Gebiet „Betteläcker“ ist 2011 nach Möglichkeit zu einem Abschluss zu bringen.

6. Antrag zu Seite 145 - Forstwirtschaft

Bei der Vorbereitung und Erstellung des Betriebsplans 2012 für den Gemeindewald sollen durch das Landratsamt Ludwigsburg, Fachbereich Forsten Vorschläge für die Erneuerung der Waldtafeln (Abteilungstafeln) unterbreitet und auch ein Kostenansatz für eine Neubeschaffung im Haushaltsjahr 2012 von mindestens 15.000 € vorgesehen werden. Die Finanzierung kann mit den zu erwartenden Erträgen aus der Forstwirtschaft in 2012 zweckgebunden erfolgen.

Kostenneutral

Anträge der FWE zum Haushaltsplan 2011

7. Antrag zu Seite 146 - Allgemeines Grundvermögen

Zur Prüfung der Frage, ob und ggf. welche bisher vermietete Gemeindegebäude privatisiert werden sollen, hat die Verwaltung bis Jahresmitte 2011 (zur nichtöffentlichen Vorberatung) eine Aufstellung sämtlicher bisher vermieteter Gebäude mit Darlegung des mittelfristig erforderlichen Renovierungsaufwands – **incl. Haustechnik**, der bisherigen Mieterträge und ggf. Vorschlägen zu vorstellbaren Veräußerungspreisen vorzulegen. Die bisher unvermietet gebliebene Gaststätte Ratsstuben im Rathaus ist unverzüglich zur Verpachtung zu einem moderaten Pachtpreis auszuschreiben.

Bis zum 15.09.2011 hat die Verwaltung zu berichten, bei wie vielen der im Haushaltsvorbericht auf S. 7 aufgeführten 1.527 gemeindlichen Grundstücke landwirtschaftlich nutz- und (ggf. auch als Tauschland beim Erwerb von Flächen für den Hochwasserschutz) grundsätzlich veräußerbar sind.

Begründung:

Vor der Durchführung von Gebühren- und Steuererhöhungen sind sämtliche bestehenden geldlichen Einnahmeerzielungsmöglichkeiten zu überprüfen. Seit Jahren ist die im Rathausgebäude bestehende Gaststätte unverpachtet geblieben. Auch deshalb reichen die bisher insgesamt erzielten Miet- und Pachterlöse aller Gemeindegebäude und Gemeindepachtgrundstücke nicht einmal aus, um die laufende Gebäudeunterhaltung zu finanzieren, so dass ein jährliches Defizit von ca. 13.000 € entsteht, das vom Steuerzahler finanziert werden muss. Vor einer Erhöhung der lfd. Mieten und Pachten sind deshalb die Bemühungen um eine zügigere Vermietung leerstehend werdender bzw. leerstehender Objekte, insbesondere der Kelterstuben zu intensivieren.

8. Antrag zu Seite 168 - Keltenmuseum

EP 3, UA 3210, 9402 und 9410

Die zur Errichtung eines Keltendorfes vorgesehenen 30.000€ werden für 2011 im Vermögenshaushalt gestrichen und auf frühestens 2012 verschoben.

Die durch die vorgeschlagene Maßnahmenrückstellung gewonnene Zeit kann auch genutzt werden, um ggf. Sponsoren für die Errichtung des Keltendorfes zu gewinnen.

Unabhängig hiervon sollte seitens der Verwaltung eine verbesserte konzeptionelle Vermarktungsstrategie erstellt und angemessene Anhebung der Eintrittsgelder zur mittelfristigen Angleichung der Eintrittsgelder an ähnliche Museen im Laufe des Jahres geprüft werden, um den erheblichen Abmangel zu reduzieren.

Anträge der FWE zum Haushaltsplan 2011

9. Antrag zu Seite 170 - Volkshochschule

Seitens der Gemeindeverwaltung soll kurzfristig über das örtl. Mitteilungsblatt eine Umfrage stattfinden um festzustellen, ob und ggf. zu welchen Konditionen eine hiesige Mitbürgerin/ ein hiesiger Mitbürger ehrenamtlich zur Übernahme der örtlichen Vertretung der Volkshochschule (vhs) bereit wäre.

Begründung:

In einer Vielzahl der der vhs angeschlossenen Landkreiskommunen sind ehrenamtliche Mitbürgerinnen oder Mitbürger, die nicht bei den Stadt- bzw. Kommunalverwaltungen beschäftigt sind, als örtliche vhs – Vertreter erfolgreich tätig. Bisheriger örtl. Vertreter der Volkshochschule ist Herr Bernd Unmüßig. Nach dem vhs-Veranstaltungsprogramm Februar 2011 bis August 2011 ist festzustellen, dass Eberdingen innerhalb der 36 Städten und Gemeinden des Landkreises (Erligheim ausgenommen) über das geringste Kursangebot verfügt, da ab 22.02.2011 von 8.30 – 12.30 Uhr lediglich drei Parallelkurse von Wirbelsäulengymnastik angeboten werden.

10. Antrag zu Seite 207 - Friedhof Eberdingen

EP 7, UA 7510, 9400

Der Gesamtbedarf der nächsten Jahre wird auf 450.000 € in Spalte 7 angehoben. Ein Teil der für 2011 mit 50.000 € eingeplanten Kosten soll für einen im Jahre 2011 durchzuführenden Architektenwettbewerb (zu dem auch örtl. Architekten eingeladen oder ggf. zur Wettbewerbsvorbereitung eingeschaltet werden) Verwendung finden. Bei dem Planungswettbewerb sollen sowohl Standortvarianten für eine künftige Leichenhalle, aber auch die zukünftige landschaftsplanerische Gesamtanlage und evtl. die Schaffung eines parkähnlichen Friedwalds geprüft werden. Das Raumprogramm für die künftige Leichenhalle ist in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen festzulegen.

Begründung:

Die Schaffung einer den heutigen Bedürfnissen entsprechenden Leichenhalle im Ortsteil Eberdingen ist innerhalb der nächsten 2 – 3 Jahre vordringlich, da das im Jahre 1951 errichtete Leichenhäusle den Anforderungen nicht entspricht. Als Variante für den Standort einer Aussegnungshalle im nördlichen Friedhofsbereich erscheint auch ein Neubau unmittelbar an der Hesselstraße, gegenüber der Eberdinger Kirche gelegen, unter Einbeziehung des bisherigen Grasgartens in die künftige Friedhofskonzeption vorstellbar. Der Eberdinger Friedhof stellt schon bisher eine Ruhezone und parkähnliche Anlage sowie ein Bindeglied zwischen dem alten Ortskern mit der Martinskirche und dem neuen Baugebiet Hagstraße dar, was auch zukünftig erhalten werden sollte. Da das für eine Friedhoferweiterung im Gemeindeeigentum stehende Gesamtgelände längerfristig für Gräberfelder nicht benötigt wird, könnten Teile des nördlichen Geländes ggf. für ein kleines örtliches Friedwaldgelände genutzt werden, wie es solche zwischenzeitlich auch in Deutschland (z.B. Schwaigern) gibt und zu dem rasch eine Erstbepflanzung erfolgen sollte.

Anträge der FWE zum Haushaltsplan 2011

11. Antrag zu Seite 137 - Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr

DSL Verbesserung

EP 7, UA 7910 - Vermögenshaushalt

Zur Verbesserung der DSL Versorgung in der Gesamtgemeinde, insbesondere in den Ortsteilen Eberdingen und Hochdorf, wird für 2011 ein Planansatz von 30.000 € und für 2012 eine Verpflichtungsermächtigung von weiteren 30.000 € gebildet.

Begründung:

Während derzeit in Nussdorf DSL 16.000 möglich ist, müssen sich die übrigen Teile unserer Gemeinde bisher mit sehr niedrigen Übertragungsgeschwindigkeiten begnügen, obwohl die gesetzliche Vorgabe der Gleichbehandlung der Einwohner auch hier einen Ausbau des DSL zwingend erforderlich machen würden. Um diese überaus wichtige Infrastruktureinrichtung (gerade auch für unsere Gewerbebetriebe in Eberdingen und Hochdorf) voranzubringen, hat man in Nachbargemeinden wie z.B. in Hemmingen bereits Finanzmittel im Haushalt eingestellt und auch die dortige Bauverwaltung wirkt aktiv an einem beschleunigten DSL Ausbau mit. In Heimerdingen prüft man Möglichkeiten mit der EnBW Tochter Neckarcom.

Zwar sollen von der Telekom Gemeinden im ländlichen Raum mit weniger als 5.000 Einwohnern bis 2016 drahtlos angebunden werden. Es ist somit nicht auszuschließen, dass Oberriexingen und Sersheim wie auch Heimerdingen und Hemmingen in kurzer Zeit möglicherweise mit DSL 50.000 versorgt sein werden, dass aber in unserer Gemeinde ohne Bereitstellung kommunaler Finanzmittel diese wichtige Infrastrukturmaßnahme unterbleibt. Auch für die zügige Vermarktung der Gewerbegrundstücke wäre ein Ausbau der DSL Verbindungen überaus vorteilhaft.

Nachdem sich bspw. in Hemmingen Gemeinderäte aller Fraktionen zusammen mit der Gemeindeverwaltung engagiert für einen Internetausbau einsetzen, hoffen die FWE auf eine breite Zustimmung auch zur Aufnahme eines Planansatzes.

Die Finanzierung kann durch die nach den vorstehenden Änderungsanträgen freiwerdenden Mittel (bspw. EP 0, UA 0300) erfolgen.

Anträge der FWE zum Haushaltsplan 2011

12. Antrag zu Seite 222 - Allgemeines Grundvermögen

Erwerb und Veräußerung von Grundstücken

(1) Beim Planansatz EP 8, UA 8800, 3.400 wird der bisherige Einnahme-Planansatz von 450.000 € auf 650.000 € erhöht. Gleichzeitig wird der Ausgabenplanansatz UA 8800, 9.320 von bisher 156.000 € ebenfalls um 200.000 € auf 356.000 € erhöht.

(2) Die Gemeindeverwaltung hat bis zum 30.06.2011 ein Baulückenkataster zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen, das auch sämtliche bebaubare, im Gemeindeeigentum befindliche Baugrundstück vollständig enthält.

(3) Die Bauplatzvermarktung seitens der Gemeindeverwaltung ist zu intensivieren. Zur Vermarktungsbeschleunigung werden die bisher vom Gemeinderat festgesetzten Bauplatzverkaufspreise um jeweils 20,00 €/m² abgesenkt, sofern eine Veräußerung und vollständige Kaufpreiszahlung bis 31.12.2011 erfolgt.

Begründung:

Nach der Gemeindehomepage stehen bisher im Wohngebiet Winterhaube/ Lettenäcker noch 6 Bauplätze mit einer Fläche von zusammen 2.554 m² und einem angesetzten Verkaufspreis vom 715.120 € zur Vermarktung. Da nach dem Haushaltsvorbericht (S. 17) die Erlöse „in erster Linie aus der Vermarktung der restlichen Bauplätze“ erzielt werden, könnte der Ansatz durchaus auch auf 715.120 € angehoben werden, nachdem in der entsprechenden Liste mehrere weiter vorhandene Gemeindebauplätze innerhalb der Ortsteile bisher nicht aufgeführt sind, so bspw. der Bauplatz südlich des Keltenmuseums, gegenüber des Rathauses oder auch der ehemalige Kinderspielplatz im Baugebiet Hessel. Nach dem Haushaltsplanentwurf 2011 stagniert die Einwohnerzahl der Gesamtgemeinde seit Jahren bei etwa 6.579 EW (Stand 30.06.2010) und ist seit dem 30.06.2003 mit 6.605 EW bzw. 6.582 EW (Stand 30.06.2008) sogar bereits zurückgegangen. Zur Sicherung des Bestands der kommunalen Infrastruktur (gerade auch der örtlichen Einkaufsläden) ist eine angemessene Steigerung der Einwohnerzahl, zumindest in der Höhe, wie sie vom Regionalverband für die örtliche Eigenentwicklung anerkannt wird, erforderlich.

Aufgrund der demographischen Entwicklung und der mittelfristigen Bevölkerungsentwicklungsprognose sollte die Vermarktung sämtlicher vorhandenen Gemeindebauplätze (incl. weiterer, die ggf. durch ein aufzustellendes Baulückenkataster noch festgestellt werden) forciert werden, da mittelfristig die Vermarktung schwieriger und Kaufpreisreduzierungen nicht auszuschließen sind.

Angesichts des derzeitigen Bestands gemeindlicher Baugrundstücke und der grundsätzlich bestehenden Möglichkeit auch der Veräußerung gemeindlicher Gebäude ist die Planansatzanhebung, zumal sie kostenneutral ist, bei einer erwünschten Verstärkung des gdl. Vermarktungsanstrengungen durchaus vertret- und realisierbar. Die Verstärkung der Vermarktungsanstrengungen gilt entsprechend für die derzeit noch im Gemeindeeigentum befindlichen vier Gewerbebauplätze im Gebiet „Seele/Hegenauweg“ mit 6.544 m² und die zwei Gewerbebauplätze im Gebiet „Pulverdinger Weg“ mit 4.838 m².

Die vorgeschlagene Kaufpreisreduzierung kann durch die infolge frühzeitigeren Verkaufs zu erwartenden Zinsvorteile bzw. höhere Einkommenssteueranteile durch Einwohnerzuwachs kompensiert werden.

Auch die Anhebung des Planansatzes für den Erwerb von Grundstücken ist vertretbar und städtebaulich wünschenswert, da mit gemeindlichen Grundstückszwischenerwerben sowohl die Vermarktung von Baulücken als auch brachgefallener/ leer stehender Altgebäude (und anschließende private Modernisierung) beschleunigt und die Innenentwicklung gestärkt werden könnte.

Anträge der FWE zum Haushaltsplan 2011

Anlage 1

HH-Plan Seite	Unterabschnitt	Stichwort	bisheriger Planansatz -vorschlag €	Antrag FWE €	+/- in €	Bemerkungen / Erläuterungen
55	4100	Kämmereistelle	150.000	142.000	-8.000	Auch lt. Stellungnahme Hr. Knöllner - 11.01.2011 - kommt der um 8.000 € höhere Ansatz "unter Umständen nicht zum tragen", da eine Stellenneubesetzung noch in 2011 unwahrscheinlich ist.
53,55,62,115	6550	Sachverständige	31.400	23.400	-8.000	Lt. Stellungnahme Hr. Knöllner - 11.01.2011 - sind Reduzierungen möglich und Ansätze durchaus auskömmlich. Die Kürzungsaufteilung auf die Einzelpositionen wäre verwaltungsintern umzusetzen.
134	5010	Bauhof Gebäudeunterhaltung	10.000	7.000	-3.000	Aufgrund der Gesamterhöhung gegenüber dem bewilligten Planansatz 2010 = 552.227 €, was ggf. dem Rechnungsergebnis 2009 einer Anhebung um ca. 5% entspricht, sind 2011 bei insgesamt 603.951 € (somit erneut um 9,3% Anhebung) zumindest 3.000 € als Einsparungsvorgabe durchaus vertretbar.
53,54,55,62,115	6500	Bürobedarf	46.000	40.000	-6.000	Auch wenn auf die Bundesdruckerei 2010 ein Betrag von 22.684,16 € entfiel, sind doch in der Vergangenheit bspw. zu viele und teurere Farbkopien erfolgt. Weitere Einsparungsmöglichkeiten sind verwaltungsintern abzuklären. Bei einem RE 2009 von 36.116,82 € erscheint trotz ggf. eingetretener Kostensteigerungen ein neuer Planansatz von 40.000 € für umsetzbar und realistisch.

Anträge der FWE zum Haushaltsplan 2011

Anlage 1

HH-Plan Seite	Unter- abschnitt	Stichwort	bisheriger Planansatz -vorschlag €	Antrag FWE €	+/- in €	Bemerkungen / Erläuterungen
53,54,62		Fernmelde- gebühren und Bauhof- PC				<p>Lt. Stellungnahme Hr. Knöllner - 11.01.2011 - sind offenbar seit 2009 keinerlei nachhaltige Schritte zur Kostenreduzierung erfolgt. Deshalb sollen 2011 mit dem Austausch der Tel. Anlage die Gebühren überprüft werden. Nachdem 2010 lediglich 8.327,34€ anfielen, ist ein Planansatz von insgesamt 14.300€ überhöht. Eine Kürzungsvorgabe auf 11.000€ wäre vertretbar.</p> <p>Mit dem Ziel einer PC Installation im Gemeindebauhof, auch zur erleichterten Erreichbarkeit mit Arbeitsanweisungen und zur erleichterten Umstellung auf das KKHR wären somit 12.000€ ausreichend.</p>
	6520		14.300	12.000	-2.300	
69,72		Grund- und Hauptschule				<p>Lt. Stellungnahme Hr. Knöllner - 11.01.2011 - wird zwar vermutet, dass der bisherige Beschäftigungsumfang der Beschäftigten zu hoch ist und dass Änderungskündigungen ausgesprochen werden müssen. Dennoch soll das gesamte Jahr 2011 zur Beobachtung genutzt und erst 2012 reagiert werden. Angesichts angekündigter Steuererhöhungen ist ein solches Vorgehen gegenüber dem Steuerzahler und Bürger nicht zu verantworten.</p> <p>Aus Sicht der FWE ist dem Gemeinderat spätestens bis 01.07.2011 seitens der Verwaltung eine Gesamtkonzeption bezgl. der Gesamtauswirkungen der Werkrealschule (auch bezüglich Kosten und Gebäudenutzung etc.) mit künftigen Nutzungs- sowie Umnutzungsvorschlägen vorzulegen. Angesichts des erheblichen Einnahmeausfalls von 70.000€ für Sachkostenbeiträge ist eine Absenkung der Planansätze zumindest bis zur Höhe des Rechnungsergebnisses von 2009 zwingend.</p>
	2150		538.678	506.779	-31.899	

Anträge der FWE zum Haushaltsplan 2011

Anlage 1

HH-Plan Seite	Unter- abschnitt	Stichwort	bisheriger Planansatz -vorschlag €	Antrag FWE €	+/- in €	Bemerkungen / Erläuterungen
79-81		Büchereien				Der Personaleinsatz sowie die Vergütungen der Beschäftigten wurden in den Vorjahren wegen der Umstellung der EDV-Erfassung angehoben. Nachdem die EDV-Erfassung nahezu abgeschlossen ist, kann ab 2011 wieder eine Reduzierung des bisher erhöhten Personaleinsatzes erfolgen. Eine von der Verwaltung innerhalb des Jahres 2011 vorzunehmende Reduzierung der Gesamtvergütungsbeträge auf den Stand lt. Rechnungsergebnis 2009 erscheint deshalb umsetz- und vertretbar, da auf Dauer eine Anhebung des Gesamtdefizits von 69.050€ in 2010 auf von der Verwaltung für 2011 vorgeschlagene 89.400€ unvertretbar wäre.
	3520/ 4140		55.000	48.200	-6.800	

Reduzierung Planansatz

-65.999